

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

27.2.1932 (No. 49)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedstr.  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsangelegenheiten:  
Chefredakteur  
G. K. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kalkulationsrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Vertreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinendruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbetragsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Rechtsradikalismus und Verständigung

#### Das doppelte Gesicht

Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben: 1929 hat der Rechtsradikalismus ein Volksbegehren gegen die Verflaubung des deutschen Volkes eingebracht. Danach sollten Reichstanzler und Reichsminister als Landesverräter bestraft werden, wenn sie mit unseren ehemaligen Feinden Vereinbarungen über deutsche Lasten und Verpflichtungen abschließen.

Ganz im Gegensatz dazu hat Dr. Frick, der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, laut Reichstagsprotokoll vom 14. Oktober 1931 Seite 2089 namens seiner Partei im Reichstag unter anderem erklärt:

„Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn sie die Gewähr bietet, daß den oben gekennzeichneten Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen werden kann.“

Frick ist also — hier wenigstens — grundsätzlich für Verständigung, er macht nur Vorbehalte über den Inhalt der Verständigung. Damit kann jedermann einverstanden sein.

Hermann Müller erwähnte im Reichstag laut amtlichem Protokoll vom 17. Oktober 1930 Seite 54/55, daß in einem amerikanischen Interview mit Herrn Karl von Wiegand Herr Hitler ausgeführt hat:

„Braunschweigs Vertreter im Reichsrat werden fordern, daß Deutschland eine Erleichterung der Bestimmungen des Youngplans verlangen und die Frage der angeblichen Kriegsschuld wieder aufnehmen solle. Das Deutschland, das ich führen werde, wird nichts unterzeichnen, was wir nicht mit voller Überzeugung für durchführbar halten werden, aber peinlich alle übernommenen Verpflichtungen erfüllen.“

Auf die Frage des Redners an den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow, warum die verlesenen Stellen (d. i. über die Erleichterung der Bestimmungen des Youngplans und über die peinliche Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen) nur in den ausländischen Zeitungen, nicht aber im „Völkischen Beobachter“ gestanden habe, erwiderte Graf Reventlow: „Die haben auch in der deutschen Presse gestanden.“

Damit ist festgestellt, daß man keine Aufhebung, sondern nur eine Erleichterung der Bestimmungen des Youngplans damals verlangte, und daß Hitler aber alle übernommenen Verpflichtungen peinlich erfüllen wollte. Es ist aber auch festgestellt, daß der „Völkische Beobachter“ diesen Teil des Interviews seinen Lesern — wohl aus Scheu wegen des doppelten Gesichts — nicht zur Kenntnis gebracht hatte.

Nach der Reichstagsdrucksache Nr. 217 (1930) hat ferner der zweite Ausschuh (auswärtige Angelegenheiten) mit der Unterschrift des Vorsitzenden Dr. Frick und des Berichterstatters Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven den Antrag der Kommunisten, die Youngzahlungen einzustellen, abgelehnt. Die Ablehnung konnte nur dadurch erfolgen, daß die Nationalsozialisten im Ausschuh sich der Stimme enthielten. Sie fühlten sich allerdings verpflichtet, in der Öffentlichkeit ihre Stimmenthaltung und die darauf beruhende Ablehnung des Antrags zu begründen. Der „Völkische Beobachter“ Nr. 266 vom 8. November 1930 führt folgende Gründe an:

„Nach dem Abkommen vom 20. Januar 1930 ist der Fall vorgesehen, daß eine deutsche Regierung den Willen kund tun könnte, den Youngplan zu zerreißen. Der Haager Gerichtshof würde dann zweifellos gegen Deutschland entscheiden und die Gegner hätten volle Handlungsfreiheit. . . . So ist der Antrag der KPD nichts anderes gewesen, als ein provokatorischer Versuch, das deutsche Volk auf Grund der heutigen Lage einer berechtigten Vergewaltigung preiszugeben und es von der ganzen Welt zu isolieren.“

Diese Begründung ist sehr vernünftig, nur sollten die Nationalsozialisten immer die Konsequenzen daraus ziehen. (Am 26. Februar 1932 haben die Nationalsozialisten denselben kommunistischen Antrag auf Einstellung der Tributzahlungen auch im Reichstag abgelehnt, allerdings aus anderen Gründen als 1930, nämlich aus taktischen.)

Der „Völkische Beobachter“ Nr. 289, Ausgabe 1931, enthält anlässlich der Oktober-Kämpfe im Reichstag einen offenen Brief Adolfs Hitlers an Reichstanzler Dr. Brüning. In diesem schreibt Adolf Hitler unter anderem:

### Sie Hindenburg

#### Die Wahlpforte der Sozialdemokratischen Partei

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

„Der Versuch der Rechten, im Reichstag die Regierungsgewalt zu erobern, ist gescheitert. Den Ansturm auf die Reichspräsidentenwahl abzuschlagen, ist die nächste Aufgabe. Von den vier Bemerkungen sind nur zwei Kandidaten ernst: Hitler und Hindenburg. Das deutsche Volk steht am 13. März vor der Frage, ob Hindenburg bleiben, oder ob er durch Hitler ersetzt werden solle.“

Die Rechte hat vor sieben Jahren Hindenburg auf den Schild gehoben. Sie hoffte, er würde sein Amt parteiisch zu ihren Gunsten führen, seinen Eid verletzen und die Verfassung brechen. Es war selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten einen Bewerber, auf den unsere schlimmsten Feinde solche Hoffnungen setzten, entschieden bekämpften. Hindenburg aber hat keine einkifigen Anhänger enttäuscht, weil er unparteiisch war und es bleiben will, weil er für einen Staatsstreich nicht zu haben ist, darum wollen sie ihn jetzt besitzigen.“

Hitler statt Hindenburg, das bedeutet: Sieg des reaktionären Teils der Bourgeoisie über die fortgeschrittenen Teile des Bürgertums und über die Arbeiterklasse. Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten der Presse, der politischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Organisationen, verschärfte Ausbeutung und Kollaboration.“

Gegen Hitler, das ist die Lösung des 13. März. Es gibt kein Ausweichen.“

Die Sozialdemokratische Partei will die Klarheit dieser Entscheidung nicht verdunkeln. Darum hat sie auf Aufforderung einer Wahlkommission im ersten Wahlgang verzichtet. Zum Wählen der Stimmen ist bei den nahen Wahlen zu den Länderparlamenten Gelegenheit genug.“

Bei den Parlamentswahlen gilt jede Stimme. Bei der Reichspräsidentenwahl dagegen fällt jede Stimme ins Leere, die für den Wahlkandidaten abgegeben wird.“

Hitler oder Hindenburg. Es gibt kein Drittes. Jede Stimme, die gegen Hindenburg abgegeben wird, ist eine Stimme für Hitler. Jede Stimme, die Brüning entziehen und Hindenburg zugeführt wird, ist ein Schlag gegen Hitler.“

Die Sozialdemokratie hat stets bei allen inneren Kämpfen des Bürgertums für den fortschrittlichen oder gemäßigten Teil Partei genommen und ihre Angriffe gegen die Reaktion gerichtet. Jetzt geht es um alles! Sieg des Faschismus bringt namenlosen Schaden und unabsehbares Unheil! Das darf nicht sein.“

Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg.“

#### Ein Aufruf der christlichen Gewerkschaften

W.D. Berlin, 27. Febr. (Tel.). Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der 13. März ist für das deutsche Volk ein Tag der Entscheidung. Kräfte des Aufstiehs, Kräfte der sozialfeindlichen Reaktion wollen die Beseitigung des Volkstaates, Zerstörung der sozialen Entwicklung, Vernichtung der Gewerkschaften. Ein deutscher Mann steht diesem Zerstörungswillen entgegen. Hindenburg hat sich für das Volk entschieden. Er entschied aus dem Bewußtsein um das Lebensrecht aller Volksgenossen und -stämme. Seine Entscheidung ist das moralische Todesurteil für alle Hohlheit der Phrase, für alle Minderwertigkeit der Geste, für allen zerföhrenden Willen der radikalen Elemente.“

Die christliche Arbeiterkraft ehrt und liebt den Mann echt christlicher Pflichterfüllung und hegreicher Treue in Hindenburg, der in der Stunde der Gefahr jede parteipolitische Gebundenheit von sich wies, um in schlichter Treue der Rettung des Volkes zu dienen bis zum letzten Atemzuge. Jeder christliche Arbeiter wird mit allen Möglichkeiten des Volkes am 13. März an der Wahlurne Hindenburg seinen Dank sagen.“

„Wie jeder Vertrag schafft auch der Friedensvertrag von Versailles Tatsachen, die man vielleicht innerlich ablehnen mag, die aber eine reale historische Wirklichkeit sind und damit Bedeutung besitzen. Ganz gleich wie man sich zu den Gestaltungen der Staats- und Volksgrenzen, die in diesem Vertragswerk niedergelegt sind, im einzelnen stellen mag, ob man sie anerkennt, oder ob man sie ablehnt, sie müssen zunächst als etwas Tatsächliches hingenommen werden. Es ist nicht nötig, daß aus solchen geographisch-politischen Neugestaltungen in zwangsläufiger Folge weitere Kriege erwachsen müssen, sondern sehr oft war in der Welt das Ergebnis politischer Grenz- und Staatsveränderungen eine Periode darauffolgender Verständigung und innerer Genesung.“

Sehr vernünftige Gedanken! Nur sollte man aus der realen historischen Wirklichkeit überall und immer die notwendigen Konsequenzen ziehen, wie die Regierung Brüning das tut.

Als Ergebnis dieser kurzen Betrachtung ist festzustellen: 1. Überall das doppelte Gesicht: auf der einen Seite bezeichnen die Nazis Verständigung als „Landesverrat“, auf der anderen Seite sind sie „grundsätzlich nicht gegen eine Verständigung“.

2. Die Verständigung ist nötig wegen „der realen histo-

### \* Zur politischen Lage

#### Der Sieg des Kabinetts Brüning

Mit 289 gegen 264 Stimmen hat der Reichstag gestern alle gegen das Gesamtkabinet vorliegenden Mißtrauensanträge abgelehnt; und auch die übrigen, gegen den Reichswehrminister und den Reichsfinanzminister eingebrachten Anträge verfielen der Ablehnung. Die Anträge auf Reichstagsauflösung wurden mit 289 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Bei der entscheidenden Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinet stimmten Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk, die amwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Kommunisten für die Anträge, alle anderen Parteien dagegen. Wieder war es die Wirtschaftspartei, welche durch ihr Eintreten für das Kabinet Brüning den Sieg ermöglichte.

Das Abstimmungsergebnis ist in erster Linie als ein persönlicher Erfolg des Reichstanzlers Dr. Brüning zu bewerten. Der Kanzler hatte am Donnerstag selbst das Wort ergriffen, um noch einmal seine Politik vor dem Parlament zu verteidigen. Er hat das in einer Rede getan, die zu seinen allerbesten gehört und zumal im zweiten Teil ganz außergewöhnlich starke Wirkungen erzielte. In seiner Polemik gegenüber der „nationalen Opposition“ war er überaus gewandt und prägte eine Reihe von Sätzen, die noch lange im Gedächtnis aller politisch interessierten Kreise unseres Volkes haften bleiben werden.

Sehr gut war es, daß er bei dieser Gelegenheit die Erklärung abgab, er habe mehrfach dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten, um die Bahn für andere Möglichkeiten freizumachen; er sei jedenfalls nicht schuld an dem Nichtzustandekommen einer Einheitskandidatur Hindenburgs. Natürlich habe er seinen Posten nur verlassen wollen, um die Bahn für den Aufstieg freizumachen, aber nicht für das Chaos. Die Forderungen der Gegenseite, die darauf hinausliefen, den gesamten Staatsapparat sich ausliefern zu lassen, hätten das Scheitern der Verhandlungen verschuldet, Verhandlungen, die er (der Kanzler) übrigens nicht geführt habe. Zu derartigen Experimenten sei der Reichspräsident in keinem Augenblick bereit gewesen. Er (Brüning) habe sich den Bestrebungen, die Opposition an die Macht zu lassen, nicht widergesetzt, allerdings nie ein Sehl daraus gemacht, daß er selbst bei einer solchen Beteiligung der Opposition an der Regierung als Minister nicht mehr in Frage kommen würde.

Auch in außerpolitischer Beziehung war die Rede des Reichstanzlers bedeutungsvoll. Und es ist zu bedauern, daß bei der leidenschaftlichen Erregung unseres Volkes über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen der Innenpolitik dieser Teil der Rede noch nicht genügend beachtet worden ist. Der Kanzler hat prinzipiell erklärt, er werde sich nie dazu verleiten lassen, Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf ganz bestimmte Agitationsbedürfnisse im Innern; denn dadurch würden die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht aufs schwerste gefährdet werden. Er hat ausgeführt, mit mel-

rischen Wirklichkeit“, sie ist eine zwangsläufige Notwendigkeit, an die jede Reichsregierung gebunden ist, gleichviel wer die Träger der Reichsregierung sind.

3. Die Nationalsozialisten sprachen 1930 nur von „Erleichterung“ der Tributlasten; die völlige Aufhebung verlangten sie damals noch nicht. Sie verhalten dem Antrag auf völlige Einstellung der Younglasten nicht zur Annahme aus — damals noch sachlich — berechtigten Gründen.

4. Brünings Verdienst durch sein die Welt überzeugendes „Nein“ gegen die Reparationen ist um so größer. Wenn die Nazis nur geahnt hätten, daß ein solches „Nein“ in absehbarer Zeit möglich wäre, hätten sie jenem kommunistischen Antrag zugestimmt und sich selbst als die Retter des Vaterlandes gebühret.

5. Deutschland braucht eine zielklare eheliche Außenpolitik, durch die wir das Vertrauen in der Welt wieder gewinnen. Der stärkste Repräsentant einer solchen Politik ist der bisherige Reichspräsident von Hindenburg. Das Interesse des Deutschen Reiches und Volkes verlangt, daß wir durch seine Wiederwahl am 13. März unseren Willen der Welt gegenüber bekunden, die mit dem Namen Hindenburg verknüpfte außenpolitische Linie auch in der Zukunft fest einzuhalten.

der steigenden Besorgnis die Reichsregierung die Vorgänge in Ostasien verfolgt, Vorgänge, die den Frieden erschüttern haben, und noch zu weiteren Komplikationen führen können. Vortrefflich waren seine Äußerungen zur Memelfrage. In aller Ruhe, aber auch mit aller Entschiedenheit hat der Reichskanzler erklärt, er werde gewiß nicht zögern, Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die Umstände es erforderlich machten; aber er werde sich den richtigen Augenblick dafür aussuchen.

Jedenfalls hat die Rede und mit ihr die erneute Befestigung der Tatsache, daß der Reichspräsident von Hindenburg dem Kanzler nach wie vor sein vollstes Vertrauen schenkt, allenthalben den tiefsten Eindruck gemacht. Die Abstimmung bestätigte diese Tatsache. Das Kabinett wird, getragen von der Mehrheit des Reichstags, weiter amtierend bleiben. Der Wiederzusammentritt des Reichstags ist für den 12. April geplant; bis dahin dürfte dann auch das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl, falls es zu einer Stichwahl kommt, bekannt sein.

#### Der Reichswehrerlaß

Reichswehrminister Groener und der Reichskanzler haben in der Debatte den bekannten Reichswehrerlaß, der grundsätzlich auch den Nationalsozialisten den Eintritt in die Wehrmacht des Reiches frei gibt, verteidigt. Das Reichswehrministerium wird an diesem Erlaß festhalten. Aber die Zulassung von Nationalsozialisten zur Reichswehr ist an so weitgehende Sicherungen geknüpft, daß man ganz unbesorgt sein kann. Und der Reichskanzler hat ausdrücklich betont, daß der Erlaß sofort wieder zurückgezogen werden würde, sowie es sich herausstellen sollte, daß der Nationalsozialismus zu seinen früheren Methoden wieder zurückkehrt.

Im Reichstag kam es dann gestern zu einer bemerkenswerten Abstimmung. Die Kommunisten hatten einen Antrag auf Aufhebung des Erlasses eingebracht. Bei der Abstimmung ergab sich die Annahme dieses Antrages, da vorher die Nationalsozialisten aus Protest gegen die Ablehnung ihrer eigenen Anträge den Reichstag verlassen hatten, und die Sozialdemokraten und die Staatspartei für ihn stimmten. Das Gros des Zentrums hielt sich der Abstimmung. Der Antrag ist mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen angenommen worden.

Der Erodus der Nationalsozialisten ermöglichte die Annahme noch weiterer Anträge der Linken, so zum Beispiel eines Antrages, der sich gegen die geplante Sozialversicherungreform richtet, und eines Antrages gegen die Butterzollerhöhung.

#### Abstimmung und Deutsche Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hatte für die Abstimmung Fraktionszwang und Abstimmungszwang beschlossen. Eine Reihe von Abgeordneten fehlte mit ausreichender Entschuldigung. Zwei Abgeordnete, der frühere Reichsminister Dr. Curtius und der Reichstagsvizepräsident v. Kardorff, blieben jedoch der Abstimmung ostentativ fern. Auf sie fand infolgedessen der Fraktionsbeschluss Anwendung, der den Ausschluß solcher Mitglieder bestimmte. Die beiden genannten Abgeordneten gehören also der Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht mehr an. Möglicherweise wird sich noch der Abgeordnete Glagel mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklären.

Von den 30 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei haben im ganzen 11 gefehlt. Der Rest (19) hat geschlossen für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett gestimmt.

#### Von der Abrüstungskonferenz

Nach langem Hin und Her ist gestern der Antrag Lardieus auf Einsetzung eines politischen Ausschusses einstimmig angenommen worden. Dieser Ausschuss soll alle mit der Abrüstungskonferenz im Zusammenhang stehenden politischen Fragen behandeln.

Zunächst hatten sich die Vertreter Deutschlands, Italiens, Nordamerikas, Hollands und der Türkei gegen diesen Vorschlag ausgesprochen. Lardieu hat dann aber nicht gerührt und sich mehrfach mit beweglichen Worten für seinen Antrag eingesetzt. Der englische Vertreter spielte dabei die Rolle des Vermittlers. Er erreichte damit, daß er persönlich den deutschen Vertreter immer wieder beschwor, keine Atmosphäre der Mißstimmung und des Mißtrauens aufkommen zu lassen, die einstimmige Annahme des Antrages. Die Richtlinien für die Arbeiten dieses politischen Ausschusses sollen aber vom Konferenz-ausschuss festgelegt werden.

Die Situation war durch das Drängen Lardieus nicht ganz einfach geworden. Lardieu hat sich gehütet, gar zu schroff aufzutreten. Er hat vielmehr seinen Antrag immer wieder damit unterstützt, daß er auf die Notwendigkeit einer Klärung der politischen Atmosphäre hinwies, und den Standpunkt vertrat, daß dieser politische Ausschuss die beste Möglichkeit dazu bieten würde. Damit band er dem deutschen Vertreter gewisse Maßnahmen die Hände. Es mußte den Eindruck unnötiger Schärfe erwecken, wenn der deutsche Vertreter das Ersuchen Lardieus nach schieblich-friedlicher Erörterung politischer Differenzpunkte einfach abweist. Eine Niederlage Deutschlands braucht man in der Einsetzung dieses politischen Ausschusses nicht im mindesten zu erblicken. Es kommt ganz darauf an, welche Arbeiten der Ausschuss leiten wird. Für Deutschland besteht noch immer die Möglichkeit, auf dem Boden dieses Ausschusses seine Auffassungen mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

## Der Sieg der Regierung Brünning im Reichstag

### Die Mißtrauensanträge der Opposition abgelehnt

Der große Entscheidungskampf, den die Regierung in dieser Woche im Reichstag zu führen hatte, fand in der Schlusssitzung am gestrigen Freitag wiederum mit einem Sieg des Kabinetts Brünning über die Opposition sein Ende.

Bei der Abstimmung über den formalen Verhandlungsgegenstand der vierjährigen Debatte zeigte sich sogar das seltene Bild eines einstimmigen Reichstagsbeschlusses. Alle Abgeordneten stimmten dem Vorschlag der Regierung zu, für die Reichspräsidentenwahl den Termin des ersten Wahlganges auf den 13. März, des erst. notwendig werdenden zweiten Wahlganges auf den 10. April zu legen.

Die politische Entscheidung fiel bei den namentlichen Abstimmungen über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett. Bei dieser Abstimmung blieb die Opposition mit 284 Stimmen in der Minderheit gegen 289 für die Regierung abgegebenen Stimmen, 79 Oppositionsstimmen stammten aus dem Lager der Kommunisten und der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Für die parlamentarische Kräfteverteilung bei der Reichspräsidentenwahl bietet die Abstimmung über den Mißtrauensantrag nicht den richtigen Maßstab, denn gegen das Kabinett Brünning stimmten auch das Landvolk und die Deutsche Volkspartei, die bei der Reichspräsidentenwahl die Parole für Hindenburg ausgegeben haben. Die Deutsche Volkspartei hatte nicht nur Fraktionszwang, sondern auch Anwesenheitszwang für ihre Mitglieder verfügt, so daß es wahrscheinlich zum Ausschneiden der Abg. Dr. Curtius und v. Kardorff kommen wird, die trotz des Fraktionsbeschlusses an der Abstimmung gegen Brünning nicht teilgenommen haben.

Nach dem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wurde der Mißtrauensantrag gegen den Minister Dr. Groener mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und der gegen Finanzminister Dietrich mit 291 gegen 250 Stimmen bei elf Stimmenthaltungen abgelehnt. Die von der Reichsopposition gegen den Reichstagspräsidenten Loh eingebrachten Mißtrauensanträge wurden durch namentliche Abstimmung für unzulässig erklärt. Mit 299 gegen 228 Stimmen wurde schließlich der Antrag auf Reichstagsauflösung abgelehnt.

Vor den Abstimmungen gab es noch eine mehrstündige Debatte, die gewissermaßen noch eine Nachlese in den heftigen Streit der Parteien brachte. Der Reichsfinanzminister trat bei dieser Gelegenheit Angriffen von nationalsozialistischer Seite scharf entgegen.

Zwischen den feindlichen Gruppen innerhalb der Opposition spielte der Streit um die Reihenfolge der Abstimmungen eine große Rolle. Die Kommunisten warfen den Nationalsozialisten vor, daß sie wegen der von ihrer Führung mit der Auslands- presse angeknüpften guten Verbindungen große Angst vor dem kommunistischen Antrag hätten, der die sofortige Einstellung aller öffentlichen und privaten Tributzahlungen an das Ausland verlangt. Die Nationalsozialisten würden deswegen vor der Abstimmung über diese Frage den Reichstag verlassen wollen. Um das zu bereiten, fehlten die Kommunisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten es durch, daß ihr Tributentwurf noch in Anwesenheit der Reichsopposition zur Abstimmung kam.

Der kommunistische Antrag verlangt in seinem ersten Teil die sofortige Einstellung aller Tributzahlungen auf Grund des Versailler Vertrages, in seinem zweiten Teil die Annullierung der privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland. Die Nationalsozialisten erklärten, sie würden zwar dem ersten Teil des Antrages, nicht aber dem zweiten zustimmen können, und da eine getrennte Abstimmung abgelehnt war, könnten sie den Antrag nicht annehmen. Dieser Erklärung schlossen sich die Deutschnationalen und das Landvolk an. So wurde der kommunistische Antrag mit 368 Stimmen gegen 75 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der 108 Stimmen der Nationalsozialisten abgelehnt. Die Kommunisten riefen höhnisch im Sprechchor den Nationalsozialisten zu: „Ihr Tributnechte des Auslands“, „Ihr Annärter auf die Ehrenlegion!“. Ihr treuen Diener des Weltkapitalismus! Bei diesen Auseinandersetzungen ging es natürlich wieder recht geräuschvoll zu.

Wenn ein Kommunist sprach, erstickten die Nationalsozialisten seine Stimme durch firenartiges Gekohle und Gebummel. Die Kommunisten reaktivierten sich mit dem Gesang der Internationalen. Der Vizepräsident Effer ließ gleichmäßig die Menge toben und meinte, kurz vor Vorentscheid, seien Zwangsmaßnahmen nicht mehr notwendig.

Viel bemerkt wurde übrigens, daß in der Freitag-Sitzung zum ersten Male wieder, wenn auch nur kurze Zeit, der deutchnationale Vizepräsident Graf Thüring amtiert, der sich seit dem ersten Auszug der Reichsopposition aus dem Reichstag im März vorigen Jahres von den Präsidentschaften ferngehalten hatte. Gegen den Protest der Opposition wurden die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen dem Staatsratsausschuss überwiesen, wodurch sie zunächst praktisch unwirksam gemacht sind.

Als dann noch ein nationalsozialistischer Antrag gegen die Versammlungs- und Redebeschränkungen abgelehnt worden war, erklärte der Nationalsozialist Straßer, daß seine Freunde nunmehr den Reichstag verlassen würden. Die Nationalsozialisten marschierten dann unter tobendem Lärm aus dem Saal. Die Zurückbleibenden riefen ihnen die Bezeichnung „Partei der Deserteure“ und ähnliche Liebenswürdigkeiten nach. Die Kommunisten meinten, die „nationalsozialistischen Tributnechte“ wollten sich nur der Abstimmung über den Austritt aus dem Völkerverbund entziehen. Tatsächlich wurde der kommunistische Antrag auf Austritt aus dem Völkerverbund auch gegen die Antragsteller abgelehnt. Die Deutschnationalen, die sich diesmal dem Auszug der Nationalsozialisten nicht angeschlossen hatten, erklärten, daß sie dem kommunistischen Antrag wegen seiner Motivierung nicht zustimmen könnten.

Angenommen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und des Landvolks ein christlich-sozialer Antrag, der die Sicherstellung eines ungehinderten Reichspräsidentenwahlkampfes durch rücksichtsloses Vorgehen gegen Versammlungshinderer verlangt. Der Auszug der Nationalsozialisten hatte die Mehrheitsverhältnisse so verschoben, daß ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Polizeistrafzuschüsse an das Land Braunschw. mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen wurde.

Das Fehlen der Nationalsozialisten bei den vielen Abstimmungen in den letzten Stunden der Reichstagsitzung führte noch zu weiteren Überraschungsergebnissen der Linken. So wurden mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Staatspartei und bei Stimmenthaltung verschiedener Abgeordneter aus den Mittelparteien ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Reichsregierung zur sofortigen Aufhebung des Groenerischen Reichswehrerlasses auffordert, und den Nationalsozialisten weiter den Zugang zur Reichswehr verweigert. Angenommen wurde auch eine Entschließung auf Rückgängigmachung des erhöhten Butterzollens.

Eine ganze Reihe weiterer Anträge wurde durch Ausschussüberweisung erledigt. Erst in vorgerückter Stunde konnten die Abgeordneten die Heimreise antreten.

Der Reichstag erbat und erhielt die Ermächtigung, im Einvernehmen mit dem Altestenrat und der Reichsregierung den Zeitpunkt der nächsten Reichstagsitzung festzusetzen.

## Kurze Nachrichten

**Kleine Reform der Arbeitslosenversicherung.** Unter den Vorlagen, die dem Reichsrat zugegangen sind, befindet sich eine Verordnung über die Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung. Es handelt sich hierbei um eine kleine interne Reform der Arbeitslosenversicherung. Es dürfte sich vor allem um die Änderung der Kompetenzen der Selbstverwaltungsgremien, um Einsparungen an Sitzungsgeldern, Reisekosten und anderen kleineren Positionen handeln.

**Die Vereidigung Hitlers als braunschweigischer Regierungsrat** erfolgte Freitagmorgen in der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin. Hitler wird in der Gesandtschaft nicht ständig Dienst tun. Er wird vielmehr die im Auftrage des braunschweigischen Ministeriums durch die Gesandtschaft zu überweisenden Sonderaufträge zu erledigen haben.

In Koburg wurde eine von der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion eingebrachte Antrag auf Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des dem Stahlhelm angehörenden dritten Bürgermeisters Neßlein angenommen. Die Sozialdemokraten hatten an der Sitzung nicht teilgenommen.

Im Hessischen Landtag kam es am Freitag zu lebhaften Zusammenstößen zwischen dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Best und den Sozialdemokraten. Nach weiteren stürmischen Szenen verzogte sich der Landtag, der einen Antrag der NSDAP. auf Amnestie für politische Vergehen gegen die Stimmen von Sozialdemokraten, Zentrum, Volkspartei, Christliche und Landbund angenommen hatte, auf unbestimmte Zeit.

In der bremischen Bürgerschaft verließen die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten nach einer Abstimmung geschlossen die Sitzung, die von der verbleibenden Mehrheit fortgesetzt wurde. Ohne jede Ausnahme verließ dann eine ganze Reihe auf der Tagesordnung stehender nationalsozialistischer Anträge der Ablehnung.

Ludendorffs „Vollswart“ ist am Donnerstagabend durch die Polizei beschlagnahmt worden.

**Ausbau des Basler Rheinhafens.** Der schweizerische Bundesrat beantragt bei der Bundesversammlung, dem Kanton Basel-Stadt für den weiteren Ausbau des rechtsseitigen Rheinhafens bei Basel-Klein-Münningen einen Bundesbeitrag von 40 Prozent der üblichen Kosten bis zum Höchstbetrage von 386 800 Schweizerfranken zu bewilligen.

**Englands Zolltarif angenommen.** Im englischen Unterhaus wurde die Zollgesetzvorlage in dritter Lesung mit überwältigender Mehrheit bei einem Stimmentverhältnis von 442:82 angenommen. Der Zolltarif tritt am 1. März in Kraft. Es handelt sich dabei nicht um einen neuen Zoll, sondern es kommen lediglich die Durchführungsbestimmungen zum erwähnten Wertzoll in Frage, der 10 Prozent auf den Gesamtbetrag der Transport- und Versicherungskosten (eif) der importierten Waren beträgt.

Die französische Wahlreform wurde vom Senat abgelehnt, nachdem sie von der Kammer befristet angenommen worden war. Der Berichterstatter, Senator Chéron, bezichtigte es als notwendig, die zweiten Wahlgänge, die sich demnach hätten, beizubehalten.

**Von 1000 Italienern 996,1 katholisch.** Als eines der Ergebnisse der siebenten allgemeinen Volkszählung in Italien ist das statistische Zentralamt mit, daß von 1000 Einwohnern Italiens 996,1 katholisch sind. In ganz Italien zählte man 82 669 Protestanten, hiervon 31 625 Ausländer. Der Prozentsatz der Juden beträgt 1,2 pro Mille; im ganzen gibt es in Italien 47 485 Juden, wovon in Rom allein 10 911 anjähig sind.

**Doovers Kreditausweitungsplan** wurde vom amerikanischen Senat angenommen und sofort vom Präsidenten Hoover unterschrieben. Damit ist der neue Finanzplan einer Kreditausweitung in Kraft getreten.

**60. Geburtstag Hellmut Eichrods.** Der Karlsruher Maler Hellmut Eichrodt wird am heutigen 27. Februar 60 Jahre alt. Hellmut Eichrodt entstammt einer badischen Beamtenfamilie und ist 1872 in Bruchsal geboren. Sein Vater war Direktor des Männerzuchtvereins in Bruchsal, sein dichterisch begabter Großvater Minister des Innern. Als humoristischer Dichter „Onkel Ludwig E.“ war er Schöpfer des Wortes „Biedermeier“. Die Mutter, geb. v. Sallwürk, entstammte einer sehr musikalischen Familie. Sein Bruder Otto ist ebenfalls Maler in Karlsruhe. Hellmut Eichrodt studierte an der Kunstakademie Karlsruhe und Malische Mannheim, und war Meisterhülfer von Hans Thoma. In den Gründungs Jahren war er Mitarbeiter der „Jugend“ und damals daneben führend in der Malatunft. Er ist ein namhafter Illustrator (Märchen Grimm, Fabel, Bad. Volkskulturbuch, Geschichtsbuch v. Baisch) und Erfinder der sog. „Künstlerischen Spielfachen“. Als Maler bevorzugte er: Figurenbild, Porträt, Landschaft, dekorative Wandmalereien. Lange Jahre war er Vorsitzender des Künstlervereins, von 1912 bis 1918 Lehrer für Lithographie an der Kunstakademie. Werke von ihm sind in der Bad. Kunsthalle, in der Christuskirche in Karlsruhe, Wandmalereien in verschiedenen Hotels usw. Große Fresken im Grabmal des Renek in Ales Aeba. Charakteristisch für ihn ist: Strenge Zeichnung und Ausgewogenheit der Komposition.

**Franz Philipp veront die Kindergebete.** Franz Philipp, der feinsinnige Tonsetzer und Direktor der Musikhochschule Karlsruhe, hat ein neues Werk vollendet: Kindergebete für eine mittlere Einklangsmusik einstmittigen Kinderchor und Klavier (Orgel oder Harmonium) (op. 25). Der Komponist hat altbekannte Kinderlieder „Morgengebet“, „Steh auf ihr lieben Kinderlein!“, „Du Dir erwach ich liebster Gott“, „Milde bin ich, geh zu Ruh!“ usw. veront und damit für die christliche Familie ein schönes Geschenk geschaffen.

**Universität Köln.** Das Sommer-Semester 1932 beginnt am 1. April. Vorlesungsbeginn: Dienstag, den 19. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Einzahlung von 85 Pf. und 15 Pf. Porto bezogen werden.

**Basel kauft für 300 000 Schweizerfranken Gemälde.** Der Regierungsrat von Basel-Stadt sucht beim Großen Rat um Öffnung eines außerordentlichen Kredites von 300 000 Schweizerfranken zur Erwerbung von Gemälden für die öffentliche Kunstsammlung Basels nach. In seinem Bericht stellt er u. a. fest, daß sich bei der heutigen Wirtschaftslage, die insbesondere im Ausland seit Jahrhunderten gebühten Kunstbesitz flüssig mache, gegenwärtig selten günstige Gelegenheiten zum Ankauf von hervorragenden Werken bieten.

## Die Durchführung der Notverordnung Brotpreis und Roggenmehlpreis

Die Tatsache, daß die Roggenmehlpreise bisher dem seit dem 18. Februar eingetretenen Rückgang der Roggenpreise um 7 RM. pro Tonne nicht gefolgt sind, wird im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ebenso wie eine Brotpreis-erhöhung als ungerechtfertigt angesehen. Die Mehlpreise müßten in Anbetracht der Roggenpreise um nahezu 1 RM. pro Doppelzentner niedriger liegen. Es wird weiterhin bemerkt, daß der gegenwärtige Roggenpreis auch für den kommenden Monat im wesentlichen gesichert ist. Die handelsrechtliche Lieferungsnotierung für März-Roggen sollte nicht nur die oben bereits erwähnte Senkung des Roggenmehlpreises um 1 RM. gerechtfertigt erscheinen lassen, sondern darüber hinaus noch eine weitere Mehlpreissenkung um etwa 50 Pf. ermöglichen.

## Gutschrift aus dem Ausland eingehender Reichsmarknoten

Um Härten gegenüber rechtmäßigen Inhabern von Reichsmarknoten, insbesondere im Ausland reisenden Deutschen, zu vermeiden, ist bestimmt worden, daß Kreditinstituten und Reichsbanknoten im Ausland und im Saargebiet bis zum 31. März d. J. die an ein inländisches Kreditinstitut eingesandten Reichsmarknoten mit Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstellen auf freies Konto gutgeschrieben werden können, wenn die Reichsmarknotenträger nachweislich aus Umwechslung stammen, die für jede Person nicht mehr als 200 RM betragen.

Die Winterhilfsmaßnahmen zur Verbilligung von Kohle. Der dritte (März-)Bezugsschein für die Durchführung der Winterhilfsmaßnahmen zur Verbilligung von Kohle für die hilfsbedürftige Bevölkerung wird in den nächsten Tagen (zusammen mit einem vierten Fleischbezugsschein) durch die Reichsdruckerei an die für die Zubereitung der Bezugsscheine angegebenen Stellen gefandt werden, und zwar in derselben Anzahl wie im Vormonat.

## Kleine Chronik

Der im Fabrik-Prozess zu vier Jahren Gefängnis und 2500 RM Geldstrafe verurteilte Direktor Sauerberg hat auf Revision verzichtet und das Urteil angenommen. Von den übrigen Angeklagten sind Erklärungen bei Gericht noch nicht eingegangen.

Der Prozess gegen die Brüder Kund wegen des Zusammenbruchs der Evangelischen Zentralbank hat in Berlin vor dem Schöffengericht begonnen.

Im Januar v. J. hatte die Engländerin Simone Vouster in einem Hotel in St. Moritz den Schriftsteller Kuno Döber aus Eberstadt erschossen. Gegen das Urteil, das auf Freisprechung lautete, war Berufung eingelegt worden, die aber jetzt von der Berufungsinstanz in Chur zurückgewiesen wurde.

## Badischer Teil

### Wahl des Reichspräsidenten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Zum Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises (Baden) für die am 13. März 1932 stattfindende Wahl des Reichspräsidenten (erster Wahlgang) wird Oberregierungsrat Walz im Ministerium des Innern, zu seinem Stellvertreter Regierungsrat Dr. Gahn im gleichen Ministerium, ernannt.

### Die Auslegung der Stimmlisten für die Reichspräsidentenwahl

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* Mit Bezug auf den Erlass vom 20. Februar 1932, Nr. 16 759, wird bekanntgegeben, daß der Reichstag für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

Sonntag, den 13. März 1932

bestimmt hat.

Die Stimmlisten und Stimmarten für den ersten Wahlgang sind nach Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern in der Zeit

vom 3. bis 6. März 1932

auszulegen.

Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen, sie muß aber auch in diesem Falle bis einschließlich 6. März 1932 erfolgen.

### Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

\*\* In Ausführung des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927 ist vom Reichsgesundheitsamt ein Entwurf einer Verordnung über Speisefleis aufgestellt und durch den Verlag Julius Springer in Berlin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

### Die Durchführung des Schwerbeschädigtenengesetzes

Die Durchführung des Schwerbeschädigtenengesetzes erfolgt in Baden nach wie vor durch den Landesfürsorgeverband in engem Zusammenwirken mit den bei den Bezirksfürsorgeverbänden Mannheim, Forstheim, Karlsruhe, Freiburg, Schopfheim und Konstanz gebildeten Schwerbeschädigtenabteilungen. Die in Baden vorhandenen einstellungspflichtigen Betriebe werden ständig überwacht.

Am 1. Januar 1931 standen in Baden 17 948 Personen unter dem Schutze des Schwerbeschädigtenengesetzes. Davon waren: 15 100 kriegsbeschädigte, 882 unfallbeschädigte und 1066 nach § 8 ZPG. gleichgestellte Personen.

Von diesen insgesamt unter dem Schutze des Schwerbeschädigtenengesetzes stehenden Personen waren zu dem angegebenen Zeitpunkt: a) in Berufsausbildung 7, b) als freie Gewerbetreibende, selbständige Handwerker und Landwirte tätig: 8242, c) völlig arbeitsunfähig (Sieche, Geistesranke): 1705, d) arbeitsfähig, jedoch arbeitslos: 1537.

Demnach finden sich in Arbeit: 11 457 Schwerbeschädigte bzw. diesen gleichgestellte Personen.

Verlängerung der Amtszeit des Singener Bürgermeisters. Gemäß Notverordnung hat das Bezirksamt Konstanz die Amtszeit des Singener Bürgermeisters Dr. Kaufmann bis zum 30. April 1933 verlängert.

## Eine Rede Dr. Söbels im Reichstag

In der Freitag-Sitzung des Reichstags wandte sich der Führer der badischen Zentrumspartei, Abg. Dr. Söbel, gegen die Vorwürfe des Abg. Rosenberg (Nat.-Soz.), als ob das Zentrum in nationalen Fragen nicht zuverlässig sei. Rosenberg habe die Haltung der Zentrumspartei in den Fragen des Ostens kritisiert und dabei eine Äußerung des „Badischen Beobachters“ aus dem Jahre 1929 zitiert. Es sei den Nationalsozialisten bekannt, daß diese Äußerung niemals die Billigung der Deutschen Zentrumspartei oder der badischen Zentrumspartei gefunden hat. Sie ist auch zurückgewiesen worden. Der „Badische Beobachter“ hat später seine Entgleisung korrigiert und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß wir auf eine Revision der Ostgrenzen nicht verzichten können.

Auf dauernde stürmische Zwischenrufe der Nationalsozialisten wegen der Separatistenzeit antwortete der Redner mit lauter Stimme, daß es im Zentrum niemals eine separatistische Bewegung gegeben habe. (Von den Nationalsozialisten wird gerufen: „Die ganze Zentrumspartei ist eine Separatistenbande!“) Die Abgeordneten Florian und Ley (Nat.-Soz.) erhalten je zwei Ordnungsrufe.

Sie bekämpfen uns, so fährt der Redner fort, weil wir die Politik des Friedens wollen. Für die Gleichstellung Deutschlands kämpfen wir seit Jahr und Tag, und dafür sind wir schon beschimpft worden, als Sie noch nicht da waren. Wie steht es mit dem Südbalkan der Nationalsozialisten? Sie können nicht dementieren, daß Adolf Hitler am 30. März 1927 gesagt hat, wer wolle die Stimme erheben, für 170 000 Deutsche in Südtirol 300 000 Deutsche auf dem Schlachtfeld zu opfern? (Südt! Südt!), und da wollen Sie uns angreifen, wenn man irgendwo eine ungeschickte Wendung gefunden hat, die nie und nimmer von der Partei gebilligt wird. Als damals der Abg. Franke seine bekannten Ausführungen über die süditalienische Frage machte, hat auch ihr Fraktionskollege Straßer die Erklärung abgegeben, daß Franke nicht die Ansicht der Parteiführung abgegeben hat und daß es sich um eine bedauerliche rednerische Entgleisung handle. Hitler habe wiederholt erklärt, daß die süditalienische Frage zwischen einem faschistischen Italien und einem nationalsozialistischen Deutschland nicht einmal Diskussionspunkt sein könne. (Aufe: Hört! Hört!). Es ist ein Unterschied zwischen der Sprache, die Sie dem Ausland gegenüber führen und dem, was Sie hier im Hause und draußen im Lande sagen. Dr. Brüning führt die gleiche Sprache hier und in Paris. Die deutsche Außenpolitik der letzten Jahre war gradlinig auf die Befreiung von Reparationen gerichtet. Wenn wir uns die Verhältnisse von 1919 und 1920 vergegenwärtigen, dann erkennen wir, welche ungeheuren Fortschritte diese Außenpolitik unter Führung Dr. Brünnings gemacht hat. Wir stehen in unverbrüchlicher Treue zum Kanzler und zu seiner Politik. (Stürmischer Beifall).

### Die Deutsche Volkspartei in Baden für Curtius

Der Wahlkreis Baden der Deutschen Volkspartei hat an den früheren Reichsaussenminister Dr. Curtius folgendes Telegramm gerichtet: „Wahlkreis Baden steht nach wie vor treu hinter Ihnen und billigt Ihre gestrige Haltung bei der Abstimmung. gez. Steinel, Mattes, Wolf.“

### Vom Badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband

In Heidelberg fand eine Bezirksversammlung des Badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes statt, in der Präsident Keibel zu den in nationalsozialistischen Blättern gegen den Verband erhobenen Vorwürfen Stellung nahm.

Er erklärte u. a., daß Dienstverträge mit Beamten höchstens mit zweijähriger Kündigungsfrist abgeschlossen worden seien. Von einer Anstellung auf Lebenszeit sei keine Rede. Die beanstandeten Sondervergütungen seien für die Sonderarbeit bei der Verschmelzung des Freiburger mit dem Karlsruher Verband gezahlt und die Höhe der Abfindungen beim Ausscheiden von Verbandsbeamten in der Regel vom Arbeitsgericht festgesetzt worden. Von einem Kredit von 84 000 RM, den er, der Präsident, genieße, sei keine Rede. Er habe lediglich für seinen landwirtschaftlichen Betrieb im Jahre 1927 einen Pachtterkredit von 30 000 RM in Anspruch genommen, den er wegen der schlechten Rentabilität der Landwirtschaft bis jetzt noch nicht habe zurückzahlen können. Die Gehälter seien seit 1. Oktober 1931 wesentlich gesenkt worden, so daß sie jetzt für jeden der leitenden Herren rund 1000 RM pro Monat betragen. Als Verbandsdirektor beziehe er, der Präsident, außerdem monatlich noch weitere 475 RM.

Verbandsdirektor Kumbel, der Leiter der Landwirtschaftsbank, betonte die Notwendigkeit der vorhandenen Autos, die zur Kontrolle der vielen Lagerhäuser, Banfilialen und Zahlstellen unbedingt erforderlich seien.

Bei der sehr lebhaften Aussprache wurde, wie wir dem Bericht des „Heidelb. Tagebl.“ entnehmen, scharf gerügt, daß auch die jetzigen Spitzengehälter noch viel zu hoch seien, zumal in einer Zeit, wo die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse nur Spottpreise erhalte und ständig den Gerichtsvollziehern vor der Tür stehen müsse. Die Verdienste des Präsidenten Keibel um das Genossenschaftswesen fanden allgemeine Anerkennung.

Gutsbesitzer Dr. Graf von Oberndorf (Nedarhausen) erklärte dem genannten Blatt zufolge, daß der ehemalige Direktor des Bauernvereins sowie dessen Aufsichtsrat namhafte Summen zur Abgeltung ihrer Fehler (nicht Verfehlungen) bezahlt hätten, so daß man über diesen Punkt nun endlich hinweggehen könne. Da die Freiburger Angelegenheit den Steuerzahler Geld gekostet habe, verlangte aber die Versammlung die Einziehung eines Ausschusses zur Revision der eingebrachten Bilanz.

Es gelangte einstimmig eine Entschließung zur Annahme, in welcher die Versammlung der gerügten Gehalts- und Anstellungspolitik des Verbandes ihre Mißbilligung ausdrückt und verlangt, daß spätestens beim nächsten Verbandstag (Mai d. J.) der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt werden muß. Sondervergütungen haben mit dem heutigen Tage in Wegfall zu kommen. Ferner soll der Kollateralsverband dem Genossenschaftsverband angegliedert werden. Zum Schluß der Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Versammlung nach wie vor treu zum Genossenschaftsverband stehe.

### Tagungen

Tagung des Evang.-Sozialen Kongresses. Auf der diesjährigen Jahrestagung des Evang.-Sozialen Kongresses in Karlsruhe vom 17. bis 19. Mai wird das Thema „Die Aufgaben der evangelischen Kirche im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart“ von Sozialpastor Dr. Corbes (Gannover) und Oberkirchenrat Schlemmer (Berlin) behandelt werden. Als Referenten für das zweite Thema „Wirtschaftsnot und Sozialpolitik“ haben Professor Dr. S. v. Beckerath (Wonn) und Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer (Berlin) zugesagt. Die Predigt im Eröffnungsgottesdienst wird der bekannte badische Pfarrer D. Hesselbacher (Baden-Baden) halten.

Karlsruhe als Tagungsort. Der 40 000 Mitglieder zählende Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen (Christliche Gewerkschaft) hält im September d. J. in Karlsruhe seinen Verbandstag ab. Zu den dreitägigen Verhandlungen werden 150 Delegierte und Gäste erwartet.

Weiterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Der Ausläufer einer in Nordosteuropa vorüberziehenden Zyklone hat uns heute Nacht Bewölkungszunahme und wiederum leichte Schneefälle gebracht. Die allgemeine Wetterlage ist gegenwärtig in Umbildung begriffen. Über Rußland hat sich ein großes Hochdruckgebiet aufgebaut, mit dem sich das seit längerer Zeit zwischen Island und England gelegene Hoch vereinigen wird. Infolgedessen wird während der nächsten Tage trodene kontinentale Kaltluft mit östlichen Winden aus Rußland nach Mitteleuropa befördert werden. Voraussage: Aufheiternd, höchstens vereinzelt noch leichter Schneefall und kälter bei nordöstlichen Winden.

## Gemeinderundschau

Der Mannheimer Stadtrat gegen die Sitzverlegung der Badischen Bank. Der Mannheimer Stadtrat nahm am Donnerstag eine Entschließung an, in der bedauert wird, daß die Staatsregierung beabsichtige, den Sitz der Badischen Bank von Mannheim nach Karlsruhe zu verlegen. Durch Landesgesetz sei seinerzeit Mannheim als Sitz bestimmt worden. Dieses Gesetz bestehe heute noch zu Recht und könne nur durch ein neues ordnungsgemäß beschlossenes Gesetz abgeändert werden. Der Stadtrat Mannheims ist der Überzeugung, daß die von der Regierung verlangten Sparmaßnahmen in der Verwaltung der Badischen Bank sich auch ohne Sitzverlegung durchführen lassen.

Die Mannheimer Wahlkartei. Durch die Eingemeindungen ist die Mannheimer Wahlkartei von 190 000 auf 200 000 Stimmberechtigte angewachsen. Um die gewaltige Arbeit des Adressierens von 200 000 Postkarten zur Benachrichtigung der Wähler zu bewältigen, wurden hundert erwerbslose Kaufleute eingestellt, die zugleich als Schriftführer für die Wahltagung verpflichtet wurden.

Senkung der Neubauten in Dreisach. Auf den Vorschlag des Bürgermeisters genehmigte der Gemeinderat Dreisach, daß mit Wirkung vom 1. April 1932 an — vorher stehen Mittel dazu nicht zur Verfügung — die sämtlichen Mietzinsen der städtischen Neubauwohnungen um 10 Prozent des Mietzinses gesenkt werden, wie er vor dem 1. Oktober 1931 festgesetzt war. Diese Ermäßigung erstreckt sich auch auf jene Neubauwohnungen, welche schon einmal im letzten Vierteljahr 1931 eine Senkung erfahren haben.

Der Bürgerausschuß Weil a. Rh. hat sich nicht entschließen können, der beantragten Verdoppelung der Hundesteuer zuzustimmen. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Steuer für einen Hund auf der bisherigen Höhe von 6 RM pro Jahr zu belassen, dagegen den Steuerfuß für jeden weiteren Hund zu verdoppeln. Infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der Mindereinnahmen bei den öffentlichen Abgaben ergibt sich beim Gemeindevoranschlag für 1931 eine Mehrausgabe von 34 897 RM. Die beantragte Nachtragsumlage, durch die ein Teil der Mehrausgaben gedeckt werden sollte, wurde mit zwei Dritteln abgelehnt. Bürgermeister Kraus wird nun auf Grund der Notverordnung die zwangsweise Durchführung anordnen. Auf eine Anfrage wegen Senkung des Gas- und Elektrizitätspreises antwortete der Bürgermeister, daß der Preis für Gas um 1 Pf. pro Kubikmeter herabgesetzt sei, daß aber die Kraftwerke Rheinfelden eine Preisentwertung ablehnen. Der Antrag des Gemeinderats, den Kaufpreis für ein Familiengrab ab 1. März zu erhöhen, wurde mit 26 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Notstandsarbeiten für den künftigen Rheinhafen in Weil. Von der Stadtverwaltung Weil a. Rh. ist mit den Vorbereitungen für die Hafenanlage Weil a. Rh. begonnen worden. Eine Strecke von 800 Metern muß abgetragen werden. Seit Beginn der Woche sind 15 Arbeiter, die täglich um 5 Arbeiter bis auf insgesamt 70 Arbeiter vermehrt werden, bei den Erdbeerungsarbeiten beschäftigt. Die Strecke muß innerhalb 6 Wochen fertiggestellt sein; sie wird auch noch gepflastert werden.

## Handel und Wirtschaft

### Devisennotierungen der Reichsbank (Anteil)

	27. Februar		26. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.83	170.17	169.93	170.27
Kopenhagen 100 Kr.	80.82	80.98	80.72	80.88
Italien . . 100 L.	21.88	21.92	21.88	21.92
London . . 1 Pf.	14.67	14.71	14.64	14.68
New York . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . 100 Fr.	16.56	16.60	16.57	16.61
Schweiz . . 100 Fr.	81.42	81.58	81.98	82.14
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

### Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.) vom 24. Febr. 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 24. Febr. 1932 für eine Unze Feingold 118 sh 9 d., in deutsche Währung nach dem Berliner Mitteltkurs für ein englisches Pfund vom 24. Februar 1932 mit 14,06 RM. umgerechnet 87,0438 RM., für ein Gramm Feingold demnach 45,8148 Pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79852 RM.

Die Frist für die Zeichnung der 4½-prozentigen Reichsfreien Reichsbahnleihe 1931 wird bis zum 31. März 1932 einjährig verlängert. Die bisherigen Einzahlungsfristen bleiben bestehen.

Süddeutsche Mühlenvereinigung Mannheim. In einer Versammlung haben die der Süddeutschen Mühlenvereinigung angehörenden Großmühlen mit Wirkung vom 26. Februar den Preis für Weizenmehl um 0,50 RM je 100 Kilogramm erhöht, so daß sich Weizenmehl Spezial 0 heute auf 37,45 RM und desgleichen mit Auslandsweizen auf 39,20 RM je 100 Kilogramm mit Sach ab Mühle stellt.

Maschinenfabrik Karlsruhe, vorm. Oaid & Neu. In der Generalversammlung am Freitag wurden die Regularien einstimmig genehmigt.

Bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz haben 24 181 Gläubiger von insgesamt 34 411 Gläubigern dem Vergleichsverfahren zugestimmt. Berufungstermin ist am 27. Februar.

Die Beschränkung der Einfuhr durch die Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat einen zweiten Beschluß über die Beschränkung der Einfuhr erlassen. Er betrifft eine Reihe von Waren, wie Eier, gewisse Lederwaren, Papier, Metallwaren, landwirtschaftliche Maschinen usw., die teils überhaupt, teils zu den Anfüßen des Gebrauchssteuers, nur mit einer besonderen Bewilligung eingeführt werden dürfen. Wo eine bewilligungslose Einfuhr zugelassen wird, sind die erhöhten Zollsätze aufgeführt. Das Volkswirtschaftsdepartement ist ermächtigt, diese neue Vorschrift bis auf weiteres auf bestimmte Länder zu beschränken und für diese Kontingente festzusetzen. Es hat in seiner Verfügung von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht. Der Bundesratsbeschluß sowie die Verfügung des Departements treten am 1. März in Kraft.

### Aus der Landeshauptstadt

**Hochbetrieb in den Wahlämtern.** Im Städtischen Statistischen Amt herrscht gegenwärtig Hochbetrieb. Es müssen in der Stadt Karlsruhe etwa 116 000 bis 120 000 Personen über ihre Eintragung in der Stimmliste benachrichtigt werden, eine gewaltige Arbeit, die bei der Kürze der Zeit mit Hilfe freiwilliger Kräfte aus allen städtischen Ämtern mit größter Beschleunigung geleistet werden muß. Die Kartei dürfte Anfangs der kommenden Woche im Konzerthaus ausgelegt werden. Dort können auch die Personen, die am Wahltag nicht hier sein können, die zur Wahl erforderlichen Stimmzettel erhalten.

**Winterportfonderrüge zum halben Fahrpreis.** Nach der günstigen Gestaltung der Winterportverhältnisse im Schwarzwald kehrt am heutigen Samstag erstmals wieder der Winterportfonderrüge Nr. 2600, Mannheim ab 14.30, Karlsruhe 16.00, mit Anschluß Richtung Freiburg und Richtung Schwarzwaldbahn. Rückfahrt Sonntag, 28. Februar. Ferner verkehrt morgen Sonntag ein Sportfonderrüge zum halben Fahrpreis Karlsruhe—Offenburg mit durchlaufenden Zugteilen von Karlsruhe nach Oberital und Ottenhöfen. Karlsruhe ab 6 Uhr. Rückfahrt vereinigt mit Sonderzug 2601, Offenburg ab 18.14, Ottenhöfen ab 18.18, Oberital ab 18.38, Karlsruhe an 19.54, Mannheim an 21.12 Uhr.

**Von der Städtischen Sparkasse Karlsruhe.** Der Direktor der Stadt Sparkasse, Dr. Freiburger, wird voraussichtlich zum 1. Juli d. J. diesen Posten aufgeben und die Leitung der Sparkasse der stellv. Vorstand der Stadthauptkasse, Stadtoberrechnungsrat Joller, übernehmen.

**Die Grippe.** Die Grippe ist auch in Karlsruhe in einem ziemlich großen Umfange aufgetreten; doch hat sie durchweg einen gutartigen Verlauf genommen und war zumeist schon in drei bis vier Tagen überstanden. In den Schulen zeigten sich zeitweise erhebliche Lücken — in einer Volksschulklasse sollen zu gleicher Zeit 28 Schüler erkrankt haben. Aber zur Schließung einer Schule oder Klasse ist es nicht gekommen.

**Badisches Landestheater.** Hans Pfitzners Drama für Musik „Das Herz“ gelangt am Montag, dem 29. Februar, zur dritten Aufführung. Weiter bringt die Oper am Samstag, den 5. März, Hebes „Freischütz“, am 6. März als Sonntag-Nachmittagsvorstellung den „Rosenkavalier“ von Richard Strauss und am 7. März die vierte Aufführung von Hans Pfitzners „Das Herz“. — Im Schauspiel findet am Dienstag, den 1. März, eine Wiederholung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung“ statt. Nach der bereits erfolgten Wiederholung von Schillers „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ geht am Mittwoch, den 2. März, der zweite Teil des Wallenstein-Dramas: „Wallensteins Tod“ in der Neueinstudierung durch den Intendanten Dr. Baag in Szene und wird am Donnerstag, den 3. März, wiederholt. Der erste Teil mit dem „Lager“ und der „Piccolomini“ kommt sodann am nächsten Tage, Freitag, den 4. März, zur zweiten Wiederholung. Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 6. März, als Erstaufführung die Operette „Der goldene Korb“ von Ralph Benatzky, Text von Willi Wolff und Martin Jickel, unter der Spielleitung von Fritz Herz in Szene. Die musikalische Leitung (am Flügel) hat Curt Stern.

**Zum III. Sinfonie-Konzert des Philharmon. Orchesters im Eintrachtsaal am 2. März.** Dr. Otto Ludwig Fugmann, Operkapellmeister und Musikschritsteller, ist in der Nähe von Bayreuth geboren. In Bayreuth erhielt er seine ersten musikalischen Unterweisungen. In Berlin studierte er Musik und Musikwissenschaft. Als Dirigent von Opern und Sinfonien hat er im In- und Ausland bedeutende Erfolge aufzuweisen. Auch als Komponist von Vokal- und Instrumentalwerken usw. ist er des öfteren erfolgreich an die Öffentlichkeit getreten. Presestimmen: ... Die Durcharbeitung der Sinfonie in C-Moll von Beethoven ließ in Fugmann den guten Musiker

und Dirigenten erkennen, der sich noch einen Namen machen wird... Diese Oper (Bohème von Puccini) war für den feinfühnigen und temperamentvollen Künstler gerade das geeignete Objekt... eine beachtenswerte Leistung und höchstfreudlich... usw. Karten sind zu haben in der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiser-Edle-Baldstraße, Tel. 388.

**Großer Tanzabend der Tanzschule Olga Mertens-Leger.** Der diesjährige Tanzabend findet am Donnerstag, den 3. März, im Städtischen Konzerthaus statt. Diese Abende haben stets ihre persönliche künstlerische Note und bringen auf dem Gebiete der Tanzkunst ständig das Neueste und teilweise Spitzenleistungen. Nicht weniger wie 6 Schülerinnen, darunter 3 Sololängerinnen der Tanzschule wurden in diesem Jahre an führende Kunstinstitute und Theater des In- und Auslandes verpflichtet. Der diesjährige Tanzabend bringt wiederum eine Fülle von reizenden Einfällen und Ideen. Für die Kleinen und Kleinsten ist ein großes Tanzspiel der „Struwwelpeter“ von G. Hoffmann, für die Bühne bearbeitet von Olga Mertens, vorgesehen. In 4 reizenden Bildern werden die Kleinen ihr tänzerisches und schauspielerisches Talent unter Beweis stellen können. Ganz besonderes Interesse wird die Erstaufführung der „Polowetzer Tänze“ aus der Oper Fürst Igor von Borodin erwecken. Diese Tänze lösten bei ihrer Uraufführung (Einstudierung von Hofin) einen wahren Sturm der Begeisterung. Ballettmeister Kaban führte sich als solcher mit der Einstudierung dieser Tänze in der Berliner Staatsoper ein. Karten im Vorverkauf in der Musikalienhandlung Fritz Müller.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D. Duden, 26. Febr.** Überraschend schnell ist es den Polizeibeamten gelungen, den Brandstifter des gestrigen Großfeuers in Dödingen zu ermitteln und festzunehmen. Ein Wanderer namens Winter, Winter, ein vielfach vorbestrafter Landstreicher, der bereits eine längere Jugendstrafe wegen Brandstiftung hinter sich hat, hat das Feuer gelegt, und zwar aus Rache, weil er dort einmal beim Betteln in einem Haus abgewiesen worden sei. Nach den vorgenommenen Schätzungen beträgt der Gebäudeschaden etwa 25 000 RM., der Fabrik Schaden 6—7000 RM.

**Id. Mastatt, 26. Febr.** Über 70 Schüler des hiesigen Gymnasiums sind an Grippe erkrankt, infolgedessen ist ein geregelter Unterricht nicht mehr möglich. Die Schule wurde auf mehrere Tage geschlossen.

**Id. Müllheim, 27. Febr.** Durch den niederen Wasserstand des Rheins mußten gewöhnlich der Rheineisenbahnarbeiten eingestellt werden, da die Schiffe die Fahrpläne nicht mehr befördern konnten. Dies hatte zur Folge, daß in dem von der Firma Kraft, Jung & Wajmangel in Müllheim betriebenen Steinbruch die Arbeit vorübergehend eingestellt werden mußte, da kein Abfuhr für das vorher an die Rheineisenbahn gelieferte Steinmaterial mehr ist.

**D. Konstanz, 26. Febr.** Vor dem Schnellrichter hatten sich 12 Nationalsozialisten aus Konstanz wegen Verstoß gegen das Uniformverbot zu verantworten. Sie wurden zu Gefängnisstrafen von 2 Wochen bzw. 1 Woche verurteilt. Zwei wurden freigesprochen. Die Verurteilten hatten am Mittwochabend einen Uniformappell in einer Wirtschaft abgehalten und wurden dabei von der Polizei überrascht.

**Die Bürgermeistereiwahl in Badshut.** Die Zentrumsfraktion des Bürgerausschusses hat beschlossen, für den zweiten Wahlgang der Bürgermeistereiwahl Bürgermeister Albert Wild von Furtwangen als Kandidaten aufzustellen. Im ersten Wahlgang schied Bürgermeister Wild aus, weil er Anspruch auf Genährung von Ruhegehalt im Falle einer Nichtwiederwahl nach neun Jahren stellte. Diesen Anspruch hat er inzwischen aufgegeben.

### Staatsanzeiger

**Wahl des Reichspräsidenten.** Wahl des Reichspräsidenten. Zum Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises (Baden) für die am 13. März 1932 stattfindende Wahl des Reichspräsidenten (erster Wahlgang) wird Oberregierungsrat Wals im Ministerium des Innern, zu seinem Stellvertreter Regierungsrat Dr. Gahn im gleichen Ministerium, ernannt. Karlsruhe, den 27. Februar 1932. Der Minister des Innern. Maier.

**Wahl des Reichspräsidenten.** Bekanntmachung. An die Gemeinden und Staatsaufsichtsbehörden. Mit Bezug auf den Erlass vom 20. Februar 1932 Nr. 16759 wird bekanntgegeben, daß der Reichstag für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März 1932 bestimmt hat.

Die Stimmlisten und Stimmlisten für den ersten Wahlgang sind nach Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern in der Zeit vom 3. bis 6. März 1932 auszuliegen.

Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen, sie muß aber auch in diesem Falle bis einschließlich 6. März 1932 erfolgen. Karlsruhe, den 27. Februar 1932. Der Minister des Innern. Maier.

### Personeller Teil

**Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten** Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen — Domänen- und Forstverwaltung — Bereich: Förster Theodor Stober vom Forstamt Karlsruhe zum Forstamt Karlsruhe-Gardt.

### Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 1. bis 6. März 1932. **Im Landestheater:** Dienstag, 1. März. \* E 19. Th.-Gem. 301 bis 400. Der Widerspenstigen Zähmung. Lustspiel von Shakespeares. 20 bis 22.15 (4,20). Mittwoch, 2. März. \* A 20 (Rittwochmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Neu einstudiert: Wallensteins Tob. Dramatisches Gedicht von Schiller. 19.30 bis 22.15 (4,20). Donnerstag, 3. März. \* D 22 (Donnerstagsmiete). Wallensteins Tob. Dramatisches Gedicht von Schiller. 20 bis 22.45 (4,20). Freitag, 4. März. \* F 21 (Freitagmiete). Th.-Gem. II. S.-Gr. Wallensteins Lager — Die Piccolomini. Dramatisches Gedicht von Schiller. 20 bis 22.45 (4,20). Samstag, 5. März. \* B 19. Th.-Gem. 1 bis 100. Der Freischütz. Von C. M. von Weber. 20 bis 23 (5,70). Sonntag, 6. März. Nachmittags: 9. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Der Rosenkavalier. Von Richard Strauss. 15 bis gegen 18.30 (3,50). Abends: \* G 19. Th.-Gem. 801 bis 900 und 1501 bis 1550. Das Herz. Drama für Musik von Hans Pfitzner. 20 bis nach 22.30 (6,30). **Im Städtischen Konzerthaus:** Sonntag, 28. Februar: Keine Vorstellung. Sonntag, 6. März. \* Zum erstenmal: Der goldene Korb. Operette von Ralph Benatzky. 19.30 bis nach 22 (2,00).

**Eintrachtsaal**  
Mittwoch, den 2. März 1932, abends 8 Uhr  
**III. Sinfonie-Konzert**  
**Philharmonisches Orchester**  
Gastdirig: **Dr. Fugmann**  
Mitwirkende: **C. P. Simon** (Klavier)  
**J. Peischer** (Violine)  
Beethoven: VII. Sinfonie. Schubert: H.-Moll. Simon, a) Variation über ein alt. Thema für Klavier u. Orchester; b) Poeme für Violine u. Orchester (Erstaufführung).  
Karten von 1,10—3,90 RM. an der Abendkasse und bei **Fritz Müller**

**UNIVERSITÄT KÖLN**  
Sommersemester 1932  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche, Rechtswissenschaftliche, Medizinische (auch vorklinische Semester) und Philosophische Fakultät. Kaufmännisches und Handelslehrerstudium.  
Vorlesungsbeginn: Dienstag, den 19. April. Die Einschreibefrist läuft vom 1. bis 28. April einschl. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitäts-Sekretariat gegen Einsendung von 85 Rpf. (dazu 15 Rpf. Porto) bezogen werden. L. 730

**Städt. Konzerthaus**  
Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr  
**Großer Tanzabend**  
**Olga Mertens-Leger**  
Erstaufführungen:  
„Struwwelpeter“ „Polowetzer Tänze“  
Karten bei Fritz Müller

**unsere Vertretung für Baden**  
Ist ab 1. April 1932 zu vergeben  
Geeignete Bewerber mit besonderer Verkaufsbegabung und hervorragenden technischen Kenntnissen, welche bei den in Frage kommenden Abnehmerkreisen, besonders den Behörden, Elektrizitätswerken, Maschinenfabriken und Wiederverkäufern beste Beziehungen unterhalten und gut eingeführt sind, belieben ausführliche schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Referenzen und Lichtbild an die Firma  
**Deutsche Elektrizitäts-Werke**  
— Garbe, Lahmeyer & Co. —  
Aktiengesellschaft  
zu richten. L. 723

**B. 764. Karlsruhe.** Über das Vermögen des Schneidemeisters Josef Gatterthum in Karlsruhe, Forststr. 43, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigeraus-schussmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: **Dienstag, den 22. März 1932, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142.** Karlsruhe, den 22. Februar 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

**B. 765. Karlsruhe.** Über das Vermögen des Kaufmanns Hans Wepfhal, Karlsruhe, Karl-Hoffmannstr. 8, und des Wärlenermeisters Edward Köhle, Karlsruhe, Bonifantstr. 34, wurde heute nachmittags 6 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Dipl.-Kaufmann Dr. Friedrich Günsler, Karlsruhe, Westendstr. 59. Konkursforderungen sind bis zum 11. März 1932 beim Gerichte

**B. 766. Karlsruhe.** Über das Vermögen des Kaufmanns Hans Wepfhal, Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 142, wurde heute nachmittags 6 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Dipl.-Kaufmann Dr. Friedrich Günsler, Karlsruhe, Westendstr. 59. Konkursforderungen sind bis zum 11. März 1932 beim Gerichte

**B. 840. Bruchsal.** Nach Bestätigung des Vergleichs wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Karl Grumbel in Bruchsal aufgehoben. (§ 69 B.O.). Bruchsal, den 25. Februar 1932. Amtsgericht IV. Die Geschäftsstelle.

**B. 841. Bruchsal.** Nach Bestätigung des Vergleichs wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Karl Grumbel in Bruchsal aufgehoben. (§ 69 B.O.). Bruchsal, den 25. Februar 1932. Amtsgericht IV. Die Geschäftsstelle.

**Badisches Landestheater**  
Sonntag, 28. Februar 1932  
Nachmittags  
Zu keinen Preisen  
**Im weißen Röhl**  
Singspiel von Benatzky  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Herz  
Mitwirkende:  
Blant, Genter, Seibertich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmecke, J. Gröttinger, Föder, Gspach, Kainbach, Kioele, Rütger, Wehner, P. Müller, Prüter, Hölzer, G. Gröbinger, Jung, Milan, Kleinbus, Kubr, Lindemann, Meher, G. Müller, Nagel, Sonntag  
Anfang 15 Ende 18  
Preise B (0,70—4,20 RM)  
Abends  
\* B 18. Th.-Gem. 501—600  
**Der Widhühn**  
Komische Oper von Lorzing  
Dirigent: Schwarz  
Spielleitung: Kruschka  
Mitwirkende:  
Effelgroth, Fischbach, Haberhorn, Labach, Kiefer, Hesse a. G., Schuster, Lindemann  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise E (1—6,30 RM)  
Montag, 29. Februar 1932  
\* C 18. Th.-Gem. I. S.-Gr.  
**Das Herz**  
Drama für Musik von Hans Pfitzner  
Dirigent: Strips  
Regie: Kruschka  
Mitwirkende:  
Blant, Haberhorn, Winter, Hellmuth, Mottschmann, Rivinius, Sonntag, J. Gröttinger, Gspach, Kainbach, Kiefer, Böjer, Schoepflin, Strauß, G. Gröbinger  
Anfang 20 Ende 22 1/2  
Preise D (0,90—5,70 RM)  
Di. 1.3. Der Widerspenstigen Zähmung. Wi. 2.3. Neu einstudiert: Wallensteins Tob. Do. 3.3. Wallensteins Tob. Fr. 4.3. Wallensteins Lager. — Die Piccolomini. Sa. 5.3. Der Freischütz. So. 6.3. Nachmittags: Der Rosenkavalier. Abends: Das Herz. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Der goldene Korb.

**Trunksucht**  
vollkommene Entwöhnung  
**Nichtraucher**  
in wenigen Tagen mit und ohne Wissen. L. 731  
Aufklärung durch:  
**Karl - Apotheke, Karlsruhe**

**Philippshurg, R. 841.** Genossenschaftsregister eintrag Bd. I zu O.-S. 14: Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft Westental e. G. m. b. H. In der Generalversammlung vom 4. Juni 1931 wurde ein neues Statut angenommen.  
Philippshurg, 19. Februar 1932. Amtsgericht.

**B. 765. Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Wilhelm Jessen, Papierwarenfabrik und Papier-